

Beschlussvorschläge

für die 225. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder
vom 17. bis 19.06.26 in Hamburg

TOP 39: Konsumcannabisgesetz (KCanG)

Berichterstattung: Hessen

Hinweise: IMK vom 11. bis 13.06.25 zu TOP 22

IMK vom 03. bis 05.12.25 zu TOP 24

IMK vom 03. bis 05.12.25 zu TOP 76

Beschlussvorschlag HE vom 05.05.26

alternativer Beschlussvorschlag HH vom 26.05.26

aktualisierter Beschlussvorschlag HE vom 28.05.26

Veröffentlichung: HE empfiehlt Freigabe Beschluss

Beschlussvorschlag nach Einigungsgespräch:

1. Die IMK nimmt den „Zweiten Zwischenbericht zur Evaluation des Konsumcannabisgesetzes (KCanG)“ (Stand: 01.04.26¹) (EKOCAN) zur Kenntnis. In diesem wird darauf verwiesen, dass die Auswirkungen des KCanG auf die Organisierte Kriminalität zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden könnten. Auch ist es laut Bericht infolge der Teillegalisierung schwieriger geworden, Händler auf dem Schwarzmarkt für den verbotenen Handel mit Cannabis zur Rechenschaft zu ziehen.

¹ <https://www.uke.de/landingpage/ekocan/>

Beschlussvorschläge

für die 225. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder
vom 17. bis 19.06.26 in Hamburg

noch TOP 39

2. Sie stellt fest, dass die mit dem KCanG verbundenen Änderungen der straf- und strafprozessrechtlichen Rahmenbedingungen zu erheblichen Einschränkungen der Ermittlungsarbeit der Strafverfolgungsbehörden geführt haben. Insbesondere im Bereich des gewerbsmäßigen und organisierten Handels mit Cannabisprodukten bestehen weiterhin ausgeprägte illegale Marktstrukturen. Sie bittet daher unter Verweis auf ihren Beschluss vom 05.12.25 zu TOP 24 das BMI, gemeinsam mit dem BMJV die erforderlichen Gesetzesänderungen zu prüfen, um die effektive Strafverfolgung im Bereich der Cannabisdelikte wieder sicherzustellen.
3. Die beiden EKOCAN-Zwischenberichte bestätigen, dass die Besitzmengen im öffentlichen Raum sehr hoch bemessen wurden. Die hohen Besitzmengen sind jedoch für den illegalen Handel mit Cannabis förderlich und sollten reduziert werden. Die IMK bittet das BMI unter Verweis auf ihren Beschluss vom 05.12.25 zu TOP 76 um einen Bericht der bisher veranlassten Maßnahmen sowie darum, sich weiter dafür einzusetzen, dass die viel zu hohen Besitzmengen angepasst werden.

Protokollnotiz B-Länder angekündigt